

Lodzer Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Mr. 10. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 5.—, wöchentlich Zl. 1.25; Ausland: monatlich Zl. 8.—, jährlich Zl. 96.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Telephon 136-90. Postkassenkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Ersch. außer den Geschäftsstunden täglich von 9.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die nebengefaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigefaltete Millimeterzeile 60 Groschen. Stellenaufträge 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeit 1.—. Foto; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

8. Jahrg.

Wie Warschau das Oberstentabineff begrüßte.

Imposante Protestkundgebungen der Bevölkerung.

Die am Sonntag in Warschau stattgefundenen Versammlungen der P.P.S. gegen die Regierung, über die wir gestern im Zusammenhang mit den Protestversammlungen von Sonnabend kurz berichteten, haben sich zu machtvollen Kundgebungen gegen die Diktatur gestaltet. Zu den Versammlungen, die auf den Höhen an drei Punkten der Stadt stattfanden, waren gegen 10 000 Personen erschienen. In den Versammlungen sprachen die Abgeordneten Barlicki, Arciszewski, Dubois, Baranowski, sowie mehrere Stadtverordnete von Warschau u. a.

Die Redner schilderten die gegenwärtige politische Lage in Polen und wiesen besonders auf die Herausforderung hin, die die Zusammensetzung der neuen Regierung bedeutet. Die Verzögerung der Regierungsbildung sei mit Vorbedacht geschehen, um es dem Sejm unmöglich zu machen, zu der neuen Regierung Stellung zu nehmen. Neben allen bisherigen Mitgliedern der Regierung sei nunmehr auch noch der von den früheren Regierungen aus bekannte Justizminister Car in die Regierung aufgenommen worden. Minister Prystor, dem vom Sejm das Mißtrauen ausgesprochen wurde, zieht auch wieder in die Regierung ein, als ob nichts geschehen wäre. Auf diese Weise werde das Recht und die Verfassung in Polen mit Füßen getreten. Wenn aber diejenigen, deren Aufgabe es ist, die Einhaltung des Rechts zu überwachen, dieses Gesetz selber nicht einhalten — dann ist auch das Volk von der Einhaltung der Rechtsvorschriften befreit!

In allen drei Versammlungen wurde eine gleichlautende Entschliessung angenommen. Die Versammlungen, die in aller Nähe verliefen, wurden mit dem Absingen revolutionärer Lieder und Hochrufen auf die P.P.S. und die Arbeiter- und Bauernregierung geschlossen. Die Protestrufe: „Fort mit Pilsudski!“ wollten kein Ende nehmen. „Nieder mit der Oberstregierung! Nieder mit Slawek!“

Nach Abschluß der Versammlungen zogen die Versammlungsteilnehmer unaufgefordert auf die Straße und bildeten Demonstrationssäule. Im Stadtkern zogen die Demonstranten von der Warecka nach der Nowy-Swiat-Straße, wobei zwei Transparente mit den Aufschriften: „Es lebe der Sejm!“ und „Nieder mit Pilsudski!“ entfaltet wurden. Der Zug war so groß, daß der Straßenbahn- und Autoverkehr mehrere Minuten lang gänzlich eingestellt werden mußten. Dem Zuge schlossen sich zahlreiche Straßenpassanten an.

Am Ausgang der Nowy-Swiat-Straße kam dem Demonstrationenzug eine Polizeiabteilung auf Motorrädern entgegengefahren. Die Polizisten führten sich auf die Arbeiter, die die Transparente trugen, in der Absicht, ihnen die Transparente zu entreißen. Hierbei entstand ein großer Tumult. Höhnische Rufe und Geste an die Adresse der Polizei wurden hörbar. Plötzlich wurde vom Bürgersteig eine große mit Pfeferbeergrenzen (Anspielung auf den letzten Pilsudski-Brief) angefüllte Blechbüchse gegen die Polizei geschleudert. Ueber die Hüter der Ordnung ging ein Regen von Excrementen herab.

Der Zug kehrte nunmehr um, in der Absicht, auf den Napoleon-Platz zu gelangen. Bald jedoch kam den Demonstranten eine Abteilung von etwa 80 Polizisten mit aufgeschuldeten Bajonetten entgegen, wobei die Polizisten in den hinteren Reihen auch Maschinengewehre trugen. Selbstver-

ständlich wollten es die Demonstranten zu keinem Blutvergießen kommen lassen und gingen angesichts der blinkenden Waffen der Polizei auseinander.

Auch im Anschluß an den zwei anderen Versammlungen fanden Straßendemonstrationen statt, die erst dann aufgelöst wurden, als größere Polizeiaufgebote den Demonstranten entgegengestellt wurden. Die Aufforderungen der Polizisten auseinanderzugehen, wurden mit den Rufen: „Nieder mit dem Faschismus! Nieder mit der Diktatur!“ beantwortet.

So hat Warschau die Regierung Slawek begrüßt.

Heute Sitzung der Zentralkommission.

In Sachen der Einberufung einer außerordentlichen Sejmession.

Heute treten die Vertreter der Zentralkommission des Sejms zu einer Sitzung zusammen. Gegenstand der Beratungen wird die Frage eines Antrages an den Staatspräsidenten in Sachen der Einberufung einer außerordentlichen Sejmession sein.

Die Wahlproteste im Obersten Gericht.

Ungültigkeitserklärung eines Abgeordnetenmandats.

Das Oberste Gericht erklärte gestern das Mandat des Abgeordneten Wojewoda (W.B.-Klub) aus dem Larnopoler Kreise für ungültig, weil etwa 1000 Stimmen, die für die ukrainische Liste abgegeben wurden, der Liste Nr. 1 (W.B.) angerechnet worden sind. Infolgedessen gewinnen die Ukrainer ein Mandat.

Das wacklige Kabinett Brüning.

Es verfügt im Reichstag nur über 183 Stimmen gegen 308 Stimmen der Opposition. Ein sozialdemokratischer Mißtrauensantrag.

Berlin, 31. März. Der Stellungnahme des Reichstages zu dem Gesamtprogramm des neuen Kabinetts Brüning wird mit unso größerer Spannung entgegengeesehen, als in den Parteien, die aller Voraussicht hinter der Regierung stehen werden, nur über 183 Stimmen verfügen. Es sind dies: Zentrum 61, Deutsche Volkspartei 45, Wirtschaftspartei 23, Demokraten 25, Bayerische Volkspartei 17, Volkskonservative 12. Dieser Gruppierung stehen 308 Abgeordnete der übrigen Parteien gegenüber. Für den Fall der Einbringung eines sozialdemokratischen Mißtrauensvotums würden selbst bei einer deutschnationalen Stimmenenthaltung voraussichtlich 221 Abgeordnete der Opposition für das Mißtrauensvotum stimmen, und zwar: S.P.D. 153, R.P.D. 54, Nationalsozialisten 12 und Volksrechtler 2. Für eine etwaige Stimmenthaltung bleiben 87 Abgeordnete übrig, und zwar Deutschnationalen 65, Hannoveraner 4, Deutsche Bauern 8 und Christlich-nationale 10.

Die Haltung, die die Deutschnationalen sowohl dem Regierungsprogramm wie auch einem etwaigen sozialdemokratischen Mißtrauensvotum gegenüber einnehmen würden, liegt noch nicht fest. Eine Stimmenthaltung der Deutschnationalen, etwa unter dem Vorwand, daß das neue Kabinett den ersten Willen zu einer bürgerlichen Koalition durch eine Einberufung im Sinne einer Veränderung auch in Preußen zu betreiben hätte, würde dem Kabinett noch immer keine Mehrheit sichern. Sinn: Kommt, daß auch bei den

Prof. Dr. Bartel legte gestern sein Amt als Premierminister nieder. Nachmittags wurde er vom Staatspräsidenten empfangen. Prof. Dr. Bartel hat die Absicht, Polen zu verlassen, um sich in ausländischen Kurorten zu erholen.

Kommunalwahlen in Oberschlesien.

Am Sonntag fanden in 28 Gemeinden Oberschlesiens die Kommunalwahlen statt, u. a. in den Städten Myslowitz, Tarnowitz, Gorn, Mikolai und Lipine. Die Wahlbeteiligung war ziemlich stark und betrug 80 bis 95 Prozent. Die Wahlen sind im allgemeinen ruhig verlaufen.

Der halbamtliche Rat-Agentur zufolge stellt sich das Wahlergebnis in Lipine wie folgt dar: Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens — 3 Mandate, P.P.S. — 0 Mandate, Deutsche Wahlgemeinschaft — 8 Mandate, Katholischer Block — 4 Mandate, Revolutionäre Fraktion der P.P.S. — 1 Mandat, Liste der polnischen Frauen — 2 Mandate, Christlich-nationaler Block — 3 Mandate, N.P.R. 2 Mandate.

Das Wahlergebnis aus den anderen Gemeinden liegt noch nicht vor.

Eine Abstimmungs-niederlage ohne Folgen

Aus dem englischen Unterhaus.

London, 31. März. Die Regierung erlitt am Montag im Unterhaus eine Niederlage. Ein Antrag der Regierung, der die Verlängerung der Sitzungsdauer des Parlaments über die übliche Schlußzeit um 23 Uhr hinaus bezweckt, wurde mit 183 gegen 179 Stimmen abgelehnt. Die Opposition brach in den Ruf aus: „Zurücktreten.“ Der konservative Abgeordnete Neville Chamberlain, der in der konservativen Regierung das Amt des Gesundheitsminister bekleidete und parteipolitisch eine führende Person ist, legte der Regierung nahe, das Haus zu verlassen, damit die Regierung jetzt über die Folgen, die sie aus der Abstimmungs-niederlage zu ziehen gedenke, klar werden könne. Macdonald lehnte diese Anregung ab und brachte seinerseits für die Regierung einen Antrag ein, zur Tagesordnung überzugehen, der dann mit 185 gegen 175 Stimmen angenommen wurde. Die Niederlage hat keine parlamentarischen Folgen.

Auch die Sozialdemokraten aus der Danziger Regierungskoalition ausgetreten

Danzig, 31. März. Der Parteiausbruch der Sozialdemokratischen Partei Danzigs sah eine Entschliessung, in der die Sozialdemokratie ihren Austritt aus der Regierung erklärt. Durch den am Sonnabend erfolgten Austritt der Liberalen, so heißt es in der Entschliessung, ist mit der Fortführung der Koalition auch die Sanierung des Staatshaushalts in Frage gestellt. Durch die Haltung des Zentrums sei außerdem die Durchführung des von der Sozialdemokratie geplanten Arbeitsmarktengesetzes zur Vereinigung des Arbeitsmarktes von ausländischen Arbeitskräften verhindert worden. Die Verantwortung für alle diese Folgen müsse die Sozialdemokratie den bürgerlichen Regierungsparteien ablassen. Dieser Beschluß bedeutet noch dem Abschließen der Liberalen aus der Koalition die Auflösung der seit dem Jahre 1928 bestehenden Einheitskoalition in Danzig.

